

# Initiative macht Wedel zum Testgebiet für Urdemokratie

Einwohner erhalten Post von **Abstimmung21** mit authentisch aussehenden Wahlunterlagen. Was es damit auf sich hat, wer dahinter steckt, wie die Resonanz ausfällt

MAIKE SCHADE

**WEDEL** :: Mehr Mitspracherecht, mehr Teilhabe, mehr Demokratie: Das Aktionsbündnis Abstimmung21 möchte parallel zur Bundestagswahl im kommenden Jahr die erste bundesweite Volksabstimmung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland organisieren. Die Bürger sollen dann über zehn Themen wie Klimawandel, Freihandelsabkommen oder auch die Seentretung abstimmen – das Ergebnis der Befragung wäre für die Regierung bindend. Derzeit läuft in Wedel und Hamburg-Ottensen eine lokale Probeabstimmung, alle anderen Bundesbürger ab 16 Jahren können noch bis 8. September online oder per Telefon Wahlunterlagen anfordern, wenn sie teilnehmen wollen.

Die Hälfte der vierwöchigen Kampagne ist um, und die Resonanz darauf ist laut Initiator Olaf Seeling bislang „im Großen und Ganzen gut“, wobei die Wedeler der Sache eher kritisch-zurückhaltend, die Ottenser dagegen eher selbstverständlich und pragmatisch gegenüberstünden. Doch was genau wird eigentlich geplant, wer steckt dahinter, und wo liegen Chancen und Risiken von bundesweiten Volksentscheiden?

Rückblick: zwei Wochen zuvor. Am 21. August finden die Wedeler in ihren Briefkästen Wahlunterlagen für Abstimmung21. Die Reaktionen in der örtlichen Facebook-Gruppe folgen prompt: „Habt ihr auch so was bekommen?“, „Ich bin entsetzt“, „Ich finde das befremdlich“, steht da beispielsweise geschrieben. Bürgermeister Niels Schmidt postet: „Ich habe es der Wertstoffsammlung anvertraut!“ – ein Kommentar als Privatperson, nicht in seiner Funktion als Rathaus-Chef, wie er betont. Schmidt steht der Kampagne sehr skeptisch gegenüber. „Ich bin kein Freund direkter Demokratie. Sowohl aus Erfahrungen auf regionaler Ebene wie aus historischer Sicht bin ich der Überzeugung, dass komplexe Sachverhalte am besten von Fachleuten und von allen Seiten beleuchtet werden sollten“, sagt er dem Hamburger Abendblatt. Er habe Angst, dass „die Dinge bei einem Volksentscheid in eine Richtung kippen könnten und Entscheidungen nicht ausgewogen und in aller Ruhe gefällt werden“.

Aktuell zeige beispielsweise die Diskussion um Corona-Maßnahmen, wie schnell Stimmungen erzeugt werden könnten. Die repräsentative Demokratie biete Bürgern ausreichend Möglichkeiten, Entscheidungen transparent nachzuvollziehen und ihre Meinung kundzutun: bei Fragestunden, durch Akten-einsicht oder letztendlich an der Wahlurne.

Das sieht Stefan Voigt, Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, etwas anders. Er forscht seit Jahren zum Thema und sagt auf Anfrage: „Volksentscheide sind grundsätzlich ein sinnvolles Instrument, weil Bürgern dadurch die Möglichkeit gegeben wird, Politiker zu korrigieren – und das nicht nur alle vier Jahre, sondern auch mal zwischendurch.“ Schon allein die Option eines bundesweiten Volksentscheids sei ein Anreiz für Politiker, sich mehr zu erklären und die Präferenzen der Bürger mehr zu berücksichtigen.

## Risiko: schlecht informiert abstimmende Bürger

Gleichwohl sieht Voigt Risiken. Das beste Beispiel: das Brexit-Referendum. „Da gab es keine Regeln, es wurde irgendwie abgestimmt. Es gab kaum Infos, welche Folgen die Entscheidung haben würde, und es gab kein Quorum, also keine vorgeschriebene Mindestbeteiligung.“ Das Ergebnis ist bekannt. Damit es bei bundesweiten Volksentscheiden nicht zu fatalen, irreversiblen Fehlentscheidungen oder Minderheitsvoten komme, müssten äußerst präzise Regeln und ausreichend hohe Hürden geschaffen werden. Besonders wichtig: eine ausgewogene, leicht zugängliche und verständliche Darstellung des abzustimmenden Themas.

Zumindest das ist nach Voigts Meinung bei Abstimmung21 gegeben. Ein umfangreiches Begleitheft informiert über die wichtigsten Inhalte sowie Vor- und Nachteile bei den zur Abstimmung gestellten Themen, das sei „beispielhaft gut“ gemacht, meint der Experte.



Werben auf dem Wedeler Rathausplatz für die Abstimmung21: Florian Kämpf (v. l.), Kathrin Buschmann und Michael Marek vor dem Aktionsbus.

FOTOS: MAIKE SCHADE

Acht Themen sind es, die per Voting auf change.org im Internet von insgesamt zwei Millionen Usern bestimmt wurden, darunter der Mindestlohn von 12 Euro, die Initiativen „Kein Fracking“ und „Ökologische Landwirtschaft“, „Verpflichtendes Lobbyregister“ oder auch das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)

cy International sowie Omnibus für direkte Demokratie. Ein Exemplar des Letzteren hat auch zwei Wochen auf dem Wedeler Rathausplatz gestanden. Ganz gemütlich, das Gefährt: ein alter Bus, herrlich nostalgisch, mit Blümchen geschmückt und ausgerüstet mit zwei

Thema bundesweiter Volksentscheid. „Es gibt eine große Politikverdrossenheit in Deutschland, das Vertrauen hat sehr gelitten. Es ist an der Zeit, dass wir uns nicht nur beschweren, sondern selbst Verantwortung übernehmen und die Initiative ergreifen. Sozusagen vom Jammern zum aktiven Mitgestalten.“ Das sieht auch Michael Marek so. Der Wedeler, der bei der Wasserschutzpolizei arbeitet und wohl irgendwo in den Fünffigern ist, hat auf change.org von der Kampagne Abstimmung21 gelesen und sofort beschlossen, diese aktiv zu unterstützen.

Dennoch zieht er zur Halbzeit ein positives Resümee. „Bundesweit wurden 80.000 Wahlunterlagen angefordert, das hat uns ehrlich gesagt selbst positiv überrascht“, sagt er. In Ottensen, wo viele Passanten aus anderen Stadtteilen vorbeikämen, sei die Nachfrage nach Wahlunterlagen sogar so groß gewesen, dass nachgedruckt werden musste. Aktueller Zwischenstand laut Seeling nach 14 Tagen: Bundesweit haben 13 Prozent ihrer (online angeforderten) Stimmmittel eingereicht, in Ottensen sind es 4,7 Prozent der Wahlberechtigten, in Wedel sind es zwei. Also durchaus noch Luft nach oben. Genau wie bei der Finanzierung. 240.000 Euro seien durch Spenden zusammengekommen, erklärt Olaf Seeling, darunter zwei Großspende über 5000 Euro, der Rest durch 220.000 Kleinspenden unter 20 Euro. 10.000 Euro haben die vier Träger zusammen selbst beigesteuert. Insgesamt belaufen sich die Kosten für die Aktion auf 310.000 Euro – 70.000 fehlen also noch. Seeling ist zuversichtlich, dass die aber noch zusammenkommen: „Wir haben viel Erfahrung mit Fundraising. Jetzt heißt es sammeln, sammeln, sammeln.“

Durchgeführt wird das Ganze zum allergrößten Teil durch ehrenamtliche Helfer wie Florian Kämpf und Kathrin Buschmann. Die 24 Jahre alte Lehramtsstudentin ist über Kämpf zum Omnibus für direkte Demokratie gekommen; er wiederum ging mit den Söhnen der Gründerin, Birgit Krenkers, zur Schule. Mittlerweile ist er 26, studiert Philosophie und brennt für das

Thema bundesweiter Volksentscheid. „Es gibt eine große Politikverdrossenheit in Deutschland, das Vertrauen hat sehr gelitten. Es ist an der Zeit, dass wir uns nicht nur beschweren, sondern selbst Verantwortung übernehmen und die Initiative ergreifen. Sozusagen vom Jammern zum aktiven Mitgestalten.“ Das sieht auch Michael Marek so. Der Wedeler, der bei der Wasserschutzpolizei arbeitet und wohl irgendwo in den Fünffigern ist, hat auf change.org von der Kampagne Abstimmung21 gelesen und sofort beschlossen, diese aktiv zu unterstützen.

## Wahlbeteiligung in Wedel liegt bisher bei zwei Prozent

Er hat die Wahlunterlagen in die Wedeler Briefkästen verteilt und wird noch bis 19. September den Infostand auf dem Rathausplatz betreiben. Am 20. September werden die Stimmen dann ausgezählt – für Wedel, Ottensen, bundesweit und zusätzlich in einer vierten Auszählung die Stimmen der 16- und 17-Jährigen, die ebenfalls mitmachen dürfen. Zu verfolgen ist das live per Stream, so Olaf Seeling von Mehr Demokratie. Ein Wahlregister wie bei staatlichen Wahlen hätten sie zwar nicht, auf Namensdopplungen oder ähnliche Manipulationsversuche werde aber geachtet, „denn auch wir wollen natürlich ein möglichst realistisches Bild“.

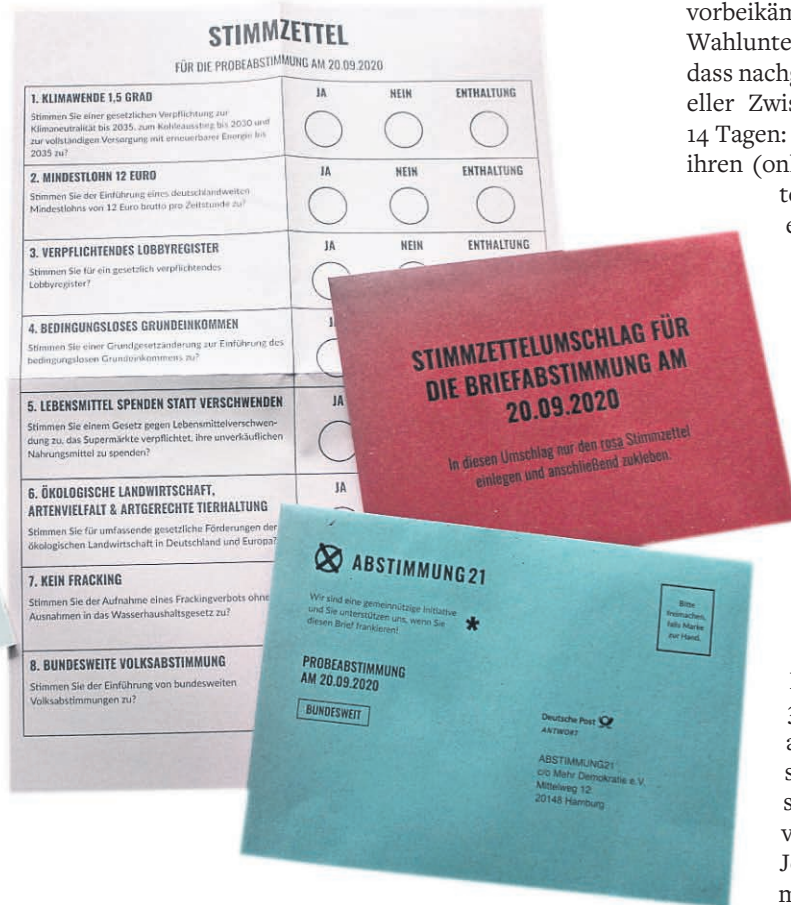
Und wie geht es dann weiter? Bis zum 31. März 2021 sollen bundesweite Themen festgelegt werden. Als dritter Schritt folgt die Organisation der tatsächlichen Wahl, die parallel zur Bundestagsabstimmung stattfinden soll. Auf der Homepage von Mehr Demokratie ist zu lesen, wie ein möglicher Gesetzesentwurf zur Durchführung bundesweiter Volksentscheide aussehen könnte: Für eine Volksinitiative sind über einen unbegrenzten Zeitraum hinweg 100.000

Stimmen zu sammeln. Der Vorschlag wird dann binnen sechs Monaten im Bundestag behandelt, die Initiative hat Rederecht. Lehnt der Bundestag ihn ab, kann innerhalb von 18 Monaten ein Volksbegehren beantragt werden. Für dieses sind eine Million Unterschriften notwendig, bei grundgesetzverändernden Begehren anderthalb Millionen. Werden diese innerhalb von neun Monaten erreicht, kommt es zum Volksentscheid, bei dem die Bundesregierung einen Alternativvorschlag zur Abstimmung stellen kann. Es entscheidet die einfache Mehrheit, bei grundgesetzverändernden Entscheidungen ist zudem ein „Ländermehr“, eine Mehrheit in den Bundesländern, erforderlich.

Grundsätzlich hält der Hamburger Professor Stefan Voigt dieses dreistufige Vorgehen für gut. Aber: Grundgesetzverändernde Abfragen findet er sehr problematisch, und das aus einem sehr einleuchtenden Grund: „Die Grundrechte im Grundgesetz sind vor allem zum Schutz von Minderheiten gedacht – wer in Deutschland katholisch ist, braucht zum Beispiel keine Religionsfreiheit. Wenn ein Grundgesetz mit einer einfachen Mehrheit geändert werden kann, ist die Gefahr groß, dass die Minderheit, die geschützt werden soll, sich nicht dagegen wehren kann. Hier wäre mindestens eine Zwei-Drittel-Mehrheit dringend erforderlich, besser noch vier Fünftel. Die Verfassung darf nicht einfach mal eben mit der linken Hand geändert werden.“

Michael Marek aus Wedel ist dennoch davon überzeugt, dass das Instrument bundesweiter Volksentscheid richtig und wichtig ist: „Man sieht an der Schweiz, dass es gut funktionieren kann. Vielleicht wird nicht gleich alles rund laufen. Aber da muss man als Volk dann eben auch mal lernen.“

Mehr Infos: abstimmung21.de



Die „Wahlunterlagen“.

„Uh“, sagt Voigt, „das BGE ist ein Riesenthema“ – und eignet sich aufgrund seiner Komplexität und der gravierenden Folgen seiner Meinung nach nicht als Thema für einen bundesweiten Volksentscheid. „Gut sind Wertefragen, bei denen es kein wissenschaftlich-technologisches Richtig oder Falsch gibt, sondern nur eine moralische Entscheidung“, erklärt er. Ein Beispiel: Abtreibung, ja oder nein? Mehr als drei Themen würde Voigt auch nicht bei einem Volksentscheid abstimmen lassen, kaum jemand könne sich intensiv mit mehr Fragen auseinandersetzen. „Acht Themen finde ich ziemlich grenzwertig.“

Auch die Tatsache, dass die Initiative „Klimawende 1,5 Grad“, die ebenfalls zur Abstimmung steht, gleich drei Forderungen vereint – Klimaneutralität bis 2035, Kohleausstieg bis 2030, vollständige Versorgung mit erneuerbarer Energie bis 2035 –, sieht er kritisch: „Das sind drei Fragen auf einmal. Was, wenn ich aber nur zwei der drei Ziele unterstütze, und beispielsweise den Kohleausstieg bis 2033 wünsche?“, fragt er. Hier gebe es keinerlei Kompromissmöglichkeit.

Nichtsdestotrotz findet er die Kampagne Abstimmung21 „sehr professionell“. „Das sind Leute, die sich in diesem Bereich seit vielen Jahren sehr verdient gemacht haben – und viele Gedanken um Details.“

Konkret handelt es sich um vier gemeinnützige Träger, die gemeinsam Abstimmung21 organisiert haben: change.org, Mehr Demokratie, Democra-

Tischen, an denen sich Passanten bequem informieren können, während im Hintergrund lustiger Gypsy-Swing dudelt. Immer wieder scheinen Leute herein, werfen ihre Wahlunterlagen in die bereitstehende Tonne, wollen Näheres wissen. Manche sind bereits begeisterte Unterstützer, andere haben Bedenken, manche wollen sich „einfach nur auskotzen“, sagt Aktivist Florian Kämpf. Es seien viele, die vorbeikämen. Dennoch sind die beiden freiwilligen Helfer von der Resonanz ein bisschen enttäuscht: „Die Lage ist toll. Die meisten Leute wollen aber zum Bahnhof oder kommen da her – sie haben es eilig oder wollen nach einem langen Tag einfach nur schnell nach Hause“, sagt Kämpf. Selbst das Wochenende, von dem er sich viel erhofft habe, sei vergleichsweise mau verlaufen.

## Corona hat die Initiative ein bisschen ausgebremst

Das bestätigt Olaf Seeling von Mehr Demokratie, einer der Initiatoren der Kampagne. „Corona hat uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir sind bei öffentlichen Aktionen sonst sehr erfolgreich damit, beliebte, belebte Treffpunkte wie Kneipen oder Cafés aufzusuchen. Das geht jetzt nicht in der gewohnten Form.“ Auch Hingucker wie kleine Live-Konzerte oder Lesungen vor dem Omnibus, die Passanten anlocken könnten, fehlten: „Aus Infektionsschutzgründen bekommen wir dafür keine Erlaub-

ANZEIGE

## Regio Kliniken

# Spotlight Pflege

## 29 | 09 | 2020 KOMPAKT

EDZ Elmshorn und online

Informieren, diskutieren, mitgestalten  
Das Event für Pflegeberufe

Zukunft

Gemeinsam gestalten

Chancen

Mehr Professionalisierung durch das Pflegeberufegesetz

Impulse

360°-Experten

Informationen und Anmeldung: